



Dr. Joseph M.A. H. Luns  
28. August 1911 – 17. Juli 2002.

Niederländischer Diplomat und Politiker, Jurastudium. 1933–1936 Mitglied der Niederländischen nationalsozialistischen Bewegung NSB. 1937–1938 Studien in London und Berlin. Ab 1938 im diplomatischen Dienst, seit 1941 für die niederländische Exilregierung. 1952–1956 Minister ohne Geschäftsbereich, anschließend bis 1971 als Außenminister der Niederlande entschiedener Verfechter der europäischen Integration. 1971–1984 NATO-Generalsekretär.

**Dr. Joseph M.A.H. Luns**  
*Königlich Niederländischer Außenminister*  
«Europa»

Herr Präsident, geehrte Zuhörer!

Die Einladung, vor Ihrer Gesellschaft, dem Hamburger «Übersee-Club», einen Vortrag über ein Thema aus der internationalen Politik zu halten, habe ich mit großem Vergnügen angenommen. Von alters her haben zwischen Ihrer Stadt, der alten Hansestadt Hamburg, und meinem Land, den Niederlanden, enge Beziehungen bestanden. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass diese Beziehungen durch die Jahrhunderte hin durchweg ebenso herzlich wie auch – unter dem Einfluss eines gesunden und lebhaften Konkurrenzbewusstseins – anregend gewesen sind. In dem größeren Ganzen der deutsch-niederländischen Beziehungen, die sich seit Kriegsende in einer Weise entwickelt haben, die – alles in allem betrachtet – gewiss befriedigend genannt werden kann, in diesem größeren Ganzen also bilden das gute Einvernehmen und die Freundschaft zwischen Hamburg und den Niederlanden ein wichtiges – ich darf wohl sagen unersetzliches – Element. Das ist auch einer der Gründe, warum ich Ihre Einladung sehr zu schätzen weiß und ich vor einigen Monaten bei der Akzeptierung Ihren Vorstand von meiner Absicht unterrichten ließ, vor Ihnen über Europa zu sprechen. Dieses Thema lag so ziemlich auf der Hand, da wir zu einem Zeitpunkt noch immer mit den ernsthaften Schwierigkeiten konfrontiert wurden, die sich infolge der Haltung der französischen Regierung innerhalb der EWG ergaben. Für diese Schwierigkeiten ist inzwischen – wie Sie wissen – eine vorläufige Lösung gefunden worden. Ich sage mit Nachdruck: eine vorläufige Lösung, denn wenn auch der zwischen Frankreich und den übrigen EWG-Partnern in Luxemburg erreichte Kompromiss gewiss positive Seiten aufweist – auf die ich später noch zurückkommen werde –, so dürfen wir dennoch nicht vergessen, dass dieser Kompromiss in Wirklichkeit den Charakter eines «agreement to disagree» trägt.

Seither hat sich eine andere Frage in den Brennpunkt der Interessen geschoben. Ich deute hier – wie Sie begreifen werden – auf die Krise, die der französische Präsident im vergangenen Monat in der NATO entfesselt hat und die im Augenblick die inner-europäische Problematik überschattet, deren Auswirkungen sich jedoch selbstverständlich im ganzen Bereich der europäischen Zusammenarbeit bemerkbar machen werden. Aus diesem Grunde hielt ich es also für wünschenswert, das ursprüngliche Thema meines Vortrags – Europa – etwas zu erweitern und auch die NATO in meine Betrachtungen einzubeziehen. Es erscheint mir hierbei verständig, zunächst einiges über die NATO zu sagen, um Ihnen sodann im zweiten Teil meines Vortrags meine Auffassung über die nach dem Kompromiss von Luxemburg in der EWG entstandene Situation darzulegen. Bei der heutigen Krise in der NATO, die bereits Jahre drohte und die im vergangenen Monat durch die Aktion von Präsident de Gaulle zum Ausbruch gekommen ist, ist – wie Sie wissen, die kardinale Streitfrage das militärische Integrationsprinzip, über das zwischen Frankreich und den übrigen Bündnispartnern eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit besteht. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen – das hat ja ohnehin deutlich und ausführlich genug in allen Zeitungen gestanden –, dass die niederländische Regierung die französische Haltung gegenüber der NATO ebenso sehr bedauert wie die übrigen dreizehn NATO-Länder und dass sie diese Haltung nicht nur für bedauernswert, sondern auch für gefährlich hält. Aber ich glaube doch gut daran zu tun – da mir nun diese Gelegenheit geboten wird –, auch vor einem ausländischen Auditorium noch einmal eingehend zu erläutern, aus welchen Gründen die niederländische Regierung die französische NATO-Politik mit soviel Nachdruck ablehnt.

Ich darf zunächst mit einigen Worten auf die Entstehungsgeschichte der Atlantischen Partnerschaft zurückgreifen. Diese Allianz, in der jetzt zwei nordamerikanische und dreizehn europäische Länder vereinigt sind, ist im

Jahre 1949 unter dem Einfluss der enttäuschenden Erfahrungen zustande gekommen, die sich aus der Praxis der internationalen Zusammenarbeit in den ersten Nachkriegsjahren ergeben hatten. Die hochgespannten Erwartungen, die man hinsichtlich dieser Zusammenarbeit am Ende des Zweiten Weltkrieges hegte, hatten doch schon sehr bald weitaus pessimistischeren Gefühlen weichen müssen, die ihren Ursprung, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in erster Linie in der expansiven Politik der Sowjetunion fanden. Die Sowjetunion, die ganz Osteuropa in ihre Machtphäre brachte, die Teilung Deutschlands fortdauern lässt, unentwegt nach der Herrschaft des Kommunismus in der ganzen Welt strebte und die andererseits durch wiederholten Missbrauch ihres Vetorechtes im Sicherheitsrat den Weg zu einer Weltrechtsordnung blockiert hat. Die Atlantische Partnerschaft nun ist ins Leben gerufen worden als Schutzwall gegen die kommunistische Bedrohung, der das freie Europa – auch infolge der schnellen Demobilisierung nach Kriegsende – zunächst ziemlich hilflos gegenüberstand. Durch den Krieg sehr geschwächt, mit ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfend, zum Teil von den untergrabenden Aktivitäten starker kommunistischer Parteien bedroht, hätten die freien europäischen Staaten ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten nur wenig tun können. Zum Glück ist diese Unterstützung nicht ausgeblieben, und hat die amerikanische Regierung mit kluger Politik dem geschwächten Europa die helfende Hand gereicht. An erster Stelle mit der über alles Lob erhabenen Marshall-Hilfe, die den westeuropäischen Staaten die Mittel für den Wiederaufbau ihrer Volkswirtschaften verschaffte und die die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern in Gang setzte. Und nachdem durch den Brüsseler Vertrag im März 1948 von England, Frankreich und den Beneluxländern die Westeuropäische Union errichtet worden war, kam 1949 nach dem historischen Beschluss der Vereinigten Staaten, im Zeitpunkt eines immerhin noch formellen Friedens eine Partnerschaft mit Westeuropa einzugehen, der Nordatlantische Vertrag zustande, mit dem die Grundlage für den Aufbau eines soliden Verteidigungssystems der atlantischen Völker geschaffen wurde.

Dieses Verteidigungssystem ist – wie Sie wissen – aufgebaut worden in der Nordatlantischen Vertragsorganisation, der NATO, in einer Form der Zusammenarbeit, die einen deutlichen Beweis für den vorhandenen Gemeinschaftssinn liefert und die zweifellos in mancher Hinsicht ehrgeizig genannt werden darf. Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit lässt sich meines Erachtens nicht leicht überschätzen. Ich glaube, man kann zu Recht die Frage aufwerfen, ob es neben der NATO wohl eine einzige internationale Organisation gibt, die in so kurzer Zeit so viel erreicht hat. Die Tatsache, die höchst wichtige Tatsache, dass der Eiserne Vorhang seit 1949 nicht weiter nach Westen verlegt wurde, ist zweifellos der Existenz der NATO zu verdanken, und es erscheint mir nützlich, dass wir uns dies fortwährend vor Augen halten. Gewiss, ich will sogleich zugeben, dass sich die Weltsituation seit 1949 verändert hat, dass die Gefahr einer bewaffneten kommunistischen Offensive auf Westeuropa unter den heutigen Umständen weniger akut ist und dass sich nach dem Tode Stalins eine günstige Veränderung in der *Taktik*, in den Methoden, der sowjetischen Machthaber vollzogen hat.

Dies ist alles zweifellos wahr. Hieraus jedoch die Schlussfolgerung zu ziehen – wie dies vor kurzem auch von unerwarteter deutscher Seite geschah –, dass die Sowjetunion keine Bedrohung des freien Teiles Europas mehr darstelle und – wie beispielsweise ihr vermittelndes Auftreten in anderen Gebieten der Welt beweise – jetzt durchaus eine friedliche Politik führe, erscheint mir offen gestanden zumindest etwas voreilig. Nochmals, ich glaube nicht, dass Anzeichen vorhanden sind, die eine akute militärische Bedrohung Europas wahrscheinlich machen. Die Haltung jedoch, die die Sowjetunion noch immer gegenüber der Deutschen Frage annimmt, eine Haltung, die ein Fortbestehen der Teilung Ihres Landes zur Folge und in der abscheulichen, unmenschlichen, quer durch Berlin gezogenen Mauer ihr grauenhaftes Symbol gefunden hat und die es schließlich mit sich bringt, dass auch in der Frage der europäischen Sicherheit keine befriedigende Lösung definitiver Art erreicht werden kann, diese Haltung lässt sich meiner Meinung nach nur in

der Weise interpretieren, dass die Sowjetunion noch stets eine Bedrohung der europäischen Sicherheit auf längere Sicht darstellt.

Im übrigen sollten wir nicht vergessen, dass – wenngleich Taktik und Methoden der Sowjetführer sich auch günstig gewandelt haben mögen – die letzten Zielsetzungen des Sowjetkommunismus, der fortwährend eine kommunistische Weltordnung anstrebt, dennoch dieselben geblieben sind. Andererseits sollten wir uns auch gut vor Augen führen, dass die heutige Sowjetpolitik – die Politik der so genannten «friedlichen Koexistenz» – keineswegs einer pazifistischen Gesinnung entsprungen, sondern unter dem Druck der Verhältnisse zustande gekommen ist. Damit meine ich natürlich die Entwicklung der modernen Kernbewaffnung, das Entstehen der nuklearen Patt-Situation zwischen Ost und West und das glücklicher Weise auch bei den Sowjetführern wachsende Bewusstsein, dass ein Nuklearkrieg keine Sieger mehr kennt, sondern nur eine trostlose, vernichtete Welt hinterlassen würde.

In dieser internationalen Situation nun – so wie sie infolge der Entwicklung der modernen Kernbewaffnung entstanden ist – wäre es eine große Torheit, wenn Europa, das schon allein infolge seiner geographischen Lage direkter bedroht wird als die Vereinigten Staaten, diesem amerikanischen Bündnispartner den Rücken zukehren und damit seiner Verteidigung das wirklich abschreckende Element der amerikanischen strategischen Kernmacht entziehen würde. Die Sicherheit Westeuropas kann in diesem nuklearen Zeitalter nicht ohne die Unterstützung der Vereinigten Staaten gewährleistet werden – wobei nach Ansicht aller Bündnispartner, mit Ausnahme von Frankreich, von einer ausreichenden, d.h. einer *glaubwürdigen* Abschreckungsmacht, einem glaubwürdigen deterrent, nur auf Basis eines integrierten Verteidigungssystems die Rede sein kann. Hier liegt die primäre Aufgabe der Atlantischen Partnerschaft, der NATO; die westliche Welt durch Instandhaltung eines glaubwürdigen deterrent zu verteidigen und somit durch die Wahrung eines Kräftegleichgewichts zwischen Ost und West einen Beitrag zu der Stabilität und dem Frieden in der Welt zu liefern.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch in kurzen Zügen auf die Gründe eingehen, aus denen unter den gegenwärtigen Umständen die Verteidigung unserer Westlichen Welt nur dann in adäquater Weise gesichert werden kann, wenn sie auf der Grundlage einer integrierten Verteidigungsstruktur organisiert ist, und warum daher die negativen französischen Ansichten in dieser Frage abgelehnt werden müssen. Im Vordergrund steht hierbei die Tatsache, dass bei dem heutigen Stand der Bewaffnungstechnik und auch angesichts der enormen Kosten der modernen Waffen kein einziges europäisches Land in der Lage ist, sich selbstständig gegen eine Macht wie die Sowjetunion zu verteidigen oder einen abgerundeten Verteidigungsapparat aufzubauen. Enge Zusammenarbeit mit anderen Ländern ist daher absolut geboten, und zwar mit weitgehender Koordination und Aufgabenteilung beim Aufbau der Streitkräfte. Doch unser Verteidigungsapparat dient in allererster Linie *nicht* dem Zweck, einen Krieg zu führen, sondern den Krieg zu *verhindern*, und aus diesem Grunde müssen wir über ein wirksames und glaubwürdiges deterrent verfügen. Es wird dem potenziellen Angreifer unverkennbar deutlich sein müssen, dass ihn eine starke und schnelle Reaktion erwarten würde, sollte er Europa an der einen oder anderen Seite angreifen. Eine starke Reaktion also, aber auch eine schnelle, denn angesichts der modernen Technik müssen Entscheidungen und Reaktionen gegebenenfalls sehr schnell erfolgen können. Eine solche entscheidende Abschreckung ist nur dann möglich, wenn schon in Friedenszeiten eine gemeinsame Kommandostruktur fungiert, wenn Pläne für die gemeinsame Verteidigung entwickelt werden und ferner regelmäßig gemeinsame Übungen stattfinden. Schließlich möchte ich noch auf den menschlichen Faktor hinweisen. Durch intensive Zusammenarbeit und regelmäßige Kontakte im Rahmen der Partnerschaftsorganisation entsteht allmählich zwischen den Militärs der verschiedenen Nationen ein Fonds an gemeinsamer Erfahrung, eine Gewöhnung an die gegenseitige Denk- und Handlungsweise, was für eine zweckdienliche Funktion der Allianz von unschätzbarem Wert ist.

Die Konklusion erscheint mir unumgänglich: Nur eine integrierte Verteidigungsstruktur kann Europa in dieser Zeit die erforderliche Sicherheit bieten, und der rezente Entschluss des französischen Präsidenten, sein Land vollkommen von dieser integrierten Struktur zu trennen, muss denn auch in hohem Maße bedauert werden. Dass es sich herbei um einen so unglücklichen Entschluss handelt, hat neben den bereits von mir genannten allgemeinen Gründen, auch noch einen besonderen Grund, worüber ich – gerade vor einem deutschen Auditorium – gern noch einige Worte sagen möchte. Ich habe hierbei nämlich die Stellung Deutschlands in Europa und in der Allianz im Auge. Mit seiner Absicht, Frankreich völlig aus dem integrierten Verteidigungssystem zu lösen, berührt der französische Präsident zugleich auch die Konstruktion, mit der seinerzeit die Aufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft der westlichen Staaten vollzogen wurde. Die Verträge und Abkommen von Paris aus dem Jahre 1954 umfassten eine Kombination von Regelungen, womit das Besetzungsregime in Deutschland endete, die Bundesrepublik ihre Souveränität erhielt und durch Aufnahme in die NATO und in die Westeuropäische Union in die Lage versetzt wurde, ihre Verteidigung im Rahmen der integrierten Atlantischen Verteidigung aufzubauen. Die Erkenntnis, dass die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und der deutsche Beitrag zur Verteidigung nicht nur für die Sicherheit Europas, sondern im gleichen Maße auch im Interesse eines guten Verhältnisses innerhalb Europas erforderlich waren, hat diesen Pariser Verträgen zugrunde gelegen und 1954 auch die Haltung der niederländischen Regierung bestimmt. Was nun 1954 galt, gilt meines Erachtens immer noch. Ich bin davon überzeugt, dass es für eine gesunde Entwicklung in Europa weiterhin von größter Bedeutung ist, dass die Niederlande und Deutschland politisch und militärisch engstens mit den anderen westlichen Ländern verbunden bleiben.

Darin liegt also noch eine wichtige Tugend der militärischen Integration. Ich will Ihnen daher auch meine besondere Freude darüber nicht verhehlen, dass sich die Bundesregierung in so eindeutiger Weise hinter die 1954 getroffenen Regelungen zur Integration der europäischen Verteidigung gestellt hat, die jetzt durch Frankreich gestört wird. Zu Recht hat Ihr Außenminister, Herr Schröder, am 17. März im Bundestag erklärt, dass im Rahmen der gesamten westlichen Verteidigung «das Vertragssystem (von 1954) uns und unseren Partnern den Frieden gesichert und einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der Westlichen Welt geleistet hat» und daher aufrechterhalten müssen. In Übereinstimmung hiermit hat Herr Schröder noch bemerkt, dass auch die Probleme, die sich aus dem französischen Vorhaben hinsichtlich der in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen ergeben, «nicht die Bundesrepublik allein, sondern alle Partner der Verträge von 1954 angehen». Ich lege Wert darauf, mit Nachdruck zu erklären, dass die niederländische Regierung diesen Standpunkt teilt und die Haltung der Bundesregierung in dieser Angelegenheit in vollem Umfang unterstützt. Die Politik des französischen Staatsoberhauptes läuft also, kurz gesagt, darauf hinaus, dass der französische Präsident zwar im Augenblick nicht aus der *Allianz* ausscheiden will, sich also vorläufig auch weiterhin an die Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand im Aggressionsfalle gebunden betrachtet und sogar mit der Hinzufügung – unvorhergesehene Umstände vorbehalten – auch nach 1969 Mitglied der Allianz bleiben will. Auch nach 1969, das heißt also, auch nach dem Jahr, in dem sich für die Vertragspartner die Möglichkeit ergibt, den Nordatlantikvertrag unter Einhaltung einer einjährigen Frist zu kündigen. Präsident de Gaulle glaubt nämlich – wie Sie wissen – einen scharfen Unterschied machen zu können zwischen Allianz und Vertrag einerseits und der Vertragsorganisation andererseits, die er größtenteils für überflüssig hält und aus der er sich nun einseitig löst. Dieser französischen These muss gegenübergestellt werden, dass der Nordatlantikpakt, die Pariser Verträge von 1954 und schließlich die vom Nordatlantikrat mit Zustimmung aller Regierungen gefassten Beschlüsse – die in ihrem wechselseitigen Zusammenhang ein integriertes Verteidigungssystem ins Leben gerufen haben, um die reziproke Beistandsklausel ausführen zu können –, dass all diese Elemente eine Gesamtheit gegenseitiger Verpflichtungen bilden, die nicht von einem der Vertrags-

partner einseitig, sondern ausschließlich in gemeinsamer Beratung geändert werden kann. Vertrag und Vertragsorganisation können daher nicht als zwei separate Angelegenheiten betrachtet werden.

Die französischen Ansichten bezüglich der NATO sind, wie gesagt, in jeder Hinsicht, und daher auch was die psychologische Wirkung betrifft, bedauerlich. Durch ihre Ablehnung der militärischen Integration und ihren völligen Alleingang begünstigt die französische Regierung nämlich das Entstehen entbindender und nationalistischer Tendenzen, und das gibt uns allen Grund zur Besorgnis. Erfreulicherweise erkennen bisher alle anderen Vertragspartner weiterhin den großen Wert der Integration. Aber auch in der Zukunft werden wir darum kämpfen müssen, dass das Integrationsprinzip nicht weiter geschwächt, sondern im Gegenteil nach Möglichkeit verstärkt wird.

Ich habe bisher vorwiegend über militärische Angelegenheiten gesprochen, über die Verteidigung unserer Westlichen Welt, und ich habe soeben erörtert, dass es die primäre Aufgabe der NATO ist, den Westen mit einem adäquaten, also glaubwürdigen deterrent zu sichern. Ich möchte nun noch mit einigen Worten darlegen, dass die Bedeutung, die Funktion der NATO sich in unserem Weltgefüge nicht auf diese primäre Aufgabe beschränkt, sondern darüber hinausgeht. Wenn ich auch hier nicht erschöpfend auf dieses Thema eingehen kann, so möchte ich Sie doch auf einen Punkt hinweisen. Wir alle hoffen, dass noch einmal eine Zeit kommen wird, in der wir zu einem befriedigenderen Einvernehmen mit der Sowjetunion als dem jetzt herrschenden kalten Frieden gelangen werden, dass also einmal – um *ein* Beispiel zu nennen – eine endgültige Lösung für das Problem der Teilung Deutschlands – und somit für das Problem der europäischen Sicherheit – gefunden werden kann. Dass wir daher ernsthaft nach Erreichung eines solchen Abkommens streben müssen – jedenfalls unter der Bedingung, dass sein Abschluss auf einer zu verantwortenden Basis erfolgt –, erscheint mir unverkennbar. Nun, ich glaube, dass ein solches Abkommen nur auf der Grundlage eines zwischen Ost und West bestehenden Gleichgewichts zustande kommen kann und dass hierfür keinerlei Aussichten mehr vorhanden wären, wenn unsere Allianz zerfiele und die Sowjetunion freie Bahn für eine veraltete Trennungs- und Herrschpolitik haben würde. Voraussetzung für ein zu verantwortendes Abkommen mit der Sowjetunion ist eine in fester Bindung – sowohl politisch als auch militärisch – zusammengefasste Atlantische Partnerschaft.

Fortführung und Intensivierung der atlantischen Zusammenarbeit, Verstärkung der in dieser Partnerschaft gewachsenen Bande – sowohl im politischen als auch im militärischen Bereich – ist die Schlussfolgerung, zu der man gelangt, wenn man darüber nachdenkt, welche Aufgabe sich die westlichen Länder in der heutigen Weltsituation stellen. Das ist – bei allen in weniger wichtigen Fragen bestehenden Meinungsverschiedenheiten – die Schlussfolgerung der übergroßen Mehrheit unserer Partner in der Allianz. Doch jetzt zur EWG. Es ist nun wiederum zwei Monate her, dass wir die letzte Krise in den Europäischen Gemeinschaften durchstanden haben. Ich brauche Ihnen hier nun nicht mehr zu sagen, wie ernsthaft diese Krise und wie hoch ihr Einsatz war.

Ich darf dem wohl als persönliche Note hinzufügen, wie sehr ich es in diesen dunklen Tagen von Luxemburg begrüßt habe, dass Ihr Außenminister, mein Kollege und Freund Georg Schröder, und ich selbst in engem und freundschaftlichem Kontakt gemeinsam unseren Beitrag zu der vorläufigen Lösung der Krise haben liefern können. Ich bin der festen Überzeugung, dass gerade diese Atmosphäre des Vertrauens eine unentbehrliche Voraussetzung für den Fortgang des Integrationsprozesses bildet.

Im Rückblick auf die Ergebnisse von Luxemburg können wir meines Erachtens nicht ganz zufrieden sein. Wir dürfen unsere Augen der Tatsache nicht verschließen, dass zwar in Luxemburg ein mühsamer Kompromiss zustande gebracht wurde, durch den die Grundfesten des Vertrags und der Organisation gesichert sind, dass dieser Kompromiss jedoch als Folge der französischen Vorbehalte den Keim möglicher neuer Schwierigkeiten in sich trägt, die im Laufe der Zeit zutage treten können.

Dennoch wird es dem Gastgeber des heutigen Abends, Dr. Alwin Münch-

meyer, ebenso sehr wie mir Vergnügen bereiten, feststellen zu können, dass jedenfalls den Mindestwünschen, die er anlässlich des Jahreswechsels in Hannover im Hinblick auf die Krise zum Ausdruck brachte, entgegengekommen wurde. Worin liegen also die beiden wichtigsten Elemente des Kompromisses vom 29. Januar? Einerseits hat die Europäische Kommission ihr Initiativrecht bewahrt und ist somit nicht in eine von den Regierungen abhängige Position geraten, andererseits behält die Mehrheitsregel in der EWG ihre Gültigkeit, wenngleich auch die Frage offen bleibt, was unternommen werden muss, wenn die konkrete Situation eintreten sollte, dass Frankreich sich mit den anderen Partnern in einer von der französischen Regierung als sehr wichtig betrachteten Frage nicht einigen kann.

Ich hoffe jedoch, dass es sich in der Zukunft möglich erweisen wird, unsere französischen Freunde davon zu überzeugen, dass in konkreten Fällen Mehrheitsbeschlüsse gefasst werden müssen, auch wenn die Minderheit hierbei Opfer zu bringen hätte. Auf diese Weise würden ja doch – und das erscheint mir von fundamentaler Wichtigkeit – deutliche Vertragsregeln erfüllt werden. Ferner würde hierdurch eine wesentliche Konsequenz aus der Integration gezogen, nämlich dass zugunsten der Europäischen Einheit Interessen – oft sogar große Interessen – geopfert werden müssen. Hierbei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die Anwendung der Mehrheitsregel sich in logischer Folge aus der Entwicklung der letzten Jahre ergibt, in denen Länder, wenn sie mit ihren Forderungen allein standen, oft in den Strudel der Verhandlungen gerieten und sich zu wesentlichen Konzessionen bereit fanden.

Wenn auch das Zustandekommen des Luxemburger Kompromisses an sich Grund zur Zufriedenheit gibt, sollten wir uns bei der Bewertung der jetzt entstandenen Situation doch einige Zurückhaltung auferlegen. Wo stehen wir nun in der europäischen Wirtschaftsintegration? So wie Gauguin schrieb: Woher kommen wir, wo stehen wir, wohin gehen wir?

Wir kamen aus einer Epoche, in der das Ideal eines föderativen Europas nur von einer geringen Minderheit abgelehnt wurde, in der wir uns auf der Woge des Nachkriegsidealismus und unterstützt durch das Wirtschaftswunder, in dem optimistischen Glauben wiegten, dass sich aus der Wirtschaftsintegration automatisch der politische Zusammenschluss wie ein Wunderteppich entfalten würde.

Wir befinden uns jetzt aber in einer Periode, in der die wirtschaftliche Integration zwar voranschreitet, in der aber die politische Integration auf prinzipielle Gegensätze hinsichtlich der Grundlagen der europäischen Zusammenarbeit stößt. Das Band zwischen wirtschaftlicher Integration und europäischer Einheit scheint jetzt zerrissen.

Wohin gehen wir jetzt in Brüssel? Bei der Beantwortung dieser Frage möchte ich zwischen den Objekten auf kurzer Sicht und den Objekten auf langer Sicht unterscheiden, wobei ich die Periode der langen Sicht – dies sei vorausgesetzt – bereits ab 1967 anlaufen lassen möchte, so dass mir nicht die Worte von Lord Keynes vorgeworfen werden können, dass wir auf lange Sicht alle tot seien.

Zunächst also die kurze Sicht. Hierbei ergeben sich drei Teilgebiete, auf denen wichtige Entscheidungen getroffen werden müssen: die Landwirtschaft, die Kennedy-Runde und die Zusammensetzung der künftig zu fusionierenden Exekutive.

## Die Landwirtschaft

Vielleicht kann ich in dieser von jeher befreundeten, von jeher toleranten Hansestadt ohne Risiko ausplaudern, dass sich die Bundesrepublik und die Niederlande auf dem Agrarsektor nicht immer völlig einig sind, so eng die Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern auch sein mögen. Die Niederlande haben – wie Sie wissen – großes Interesse am Export ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Ihr Land. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft unseres Landes äußerst anfällig Preissteigerungen gegenüber ist, die infolge der Festsetzung hoher Gemeinschaftspreise eintreten können. Die Bundesrepublik hat, wie wiederholt in äußerst geschickter Weise von den deutschen Vertretern in Brüssel vorgebracht, eine Agrarstruktur, die zur

Anpassung an ein europäisches Niveau einige Zeit benötigt. Andererseits ist Ihre Regierung ebenso wie die niederländische für das Argument empfänglich, dass traditionelle Handelsströme mit Ländern außerhalb der EWG weitmöglichst beibehalten werden müssen. Viel mehr möchte ich zu diesem Thema nicht sagen, schon allein deswegen nicht, weil die Agrarsachverständigen in Brüssel hierüber dieser Tage schon so ausführlich und mit weit größerer Sachkenntnis verhandeln.

Ich möchte mich damit begnügen, an dieser Stelle die Hoffnung auszusprechen, dass es im Geiste der vorhin erwähnten Toleranz und der Kompromissbereitschaft möglich sein muss, den Agrarmarkt parallel mit dem Industriemarkt vor dem 1. Juli 1967 zu entwickeln und außerdem auf kurze Sicht so viel Fortschritt zu erzielen, dass die Basis für eine beschleunigte Fortsetzung der Verhandlungen zur Kennedy-Runde auch auf dem Agrarsektor gefunden wird.

Dies bringt mich nun zu dem zweiten Punkt, nämlich zu den Verhandlungen, die über eine Abschaffung der Handelsschranken auf weltweiter Basis dank der Initiative des ermordeten Präsidenten Kennedy bereits seit geraumer Zeit im Rahmen der GATT geführt werden. Einer Redensart zufolge haben einige kontinentale Europäer das Salz des Meeres noch nicht gekostet, womit ihr mangelndes Verständnis für die Geschehnisse jenseits des Ozeans ange deutet wird. Ohne die vortrefflichen Fähigkeiten der Verhandlungspartner in Genf schmälern zu wollen, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass einige unserer europäischen Partner sich noch nicht hinreichend der eminenten Wichtigkeit eines erfolgreichen Ausgangs der Verhandlungen zur Kennedy-Runde bewusst sind.

Ökonomisch bedeutet diese amerikanische Initiative einen Durchbruch aus dem handelspolitischen Isolationismus der Vergangenheit, dem Europa die Antwort nicht schuldig bleiben darf. Politisch muss ein Erfolg dieser Verhandlungen als äußerst wichtiger Faktor für die weitere Entwicklung der so notwendigen atlantischen Zusammenarbeit gewertet werden.

In der Praxis bedeutet dies, dass wir in Brüssel gegenwärtig nicht so sehr in den Bannkreis der internen EWG-Probleme geraten dürfen, dass wir das wichtigste externe Problem, die Kennedy-Runde, de facto vorläufig ruhen lassen würden. Am 4. und 5. April sind im EWG-Ministerrat bereits einige Fortschritte erzielt worden. Aber auch in den kommenden Monaten müssen wir darauf bedacht sein, dass der Kennedy-Runde ebensoviel Aufmerksamkeit wie den internen Problemen gewidmet wird. Zu oft noch wurde in der Vergangenheit den an sich natürlich wichtigen internen Problemen Vorrang in der Hoffnung eingeräumt, dass die externe Politik später zum Zuge kommen würde, eine Hoffnung, die dann im Wirbelwind der Gegensätze unterging.

Wir müssen nunmehr die Ausarbeitung konkreter Vorschläge wirklich ernsthaft anstreben, sodass der Schwerpunkt der Beratungen vom Früh Sommer an nach Genf verlagert werden kann. Vor Jahresende werden konkrete Resultate zutage treten müssen, da andernfalls Europa zu Recht zum Vorwurf gemacht werden könnte, dass es den Handschuh nicht aufgehoben habe, den ihm die Amerikaner im Jahre 1962 nach der Annahme des Trade Expansion Act zugeworfen hatten.

Das dritte, in den nächsten Monaten in Brüssel zur Entscheidung anstehende Thema ist die Zusammensetzung der europäischen Exekutive, sobald diese nach Ratifizierung des betreffenden Vertrages durch die Mitgliedstaaten fusioniert sein wird. Ich glaube auch insofern mit Dr. Münchmeyer gleicher Meinung zu sein, als nämlich über die personelle Besetzung der Europäischen Kommission sine ira et studio entschieden werden muss. Dies bedeutet dass wir – jedenfalls in der ersten Phase des Ausbaus der Gemeinschaften – sowohl aus politischen als auch aus Überlegungen der Zweckmäßigkeit auf die Hilfe derjenigen Personen angewiesen sind, die der EWG in den vergangenen Jahren einen so dynamischen Start gegeben haben. Ohne die Verdienste anderer Persönlichkeiten zu schmälern, möchte ich in diesem Zusammenhang speziell die Namen des Präsidenten Hallstein aber auch die der Vizepräsidenten Mansholt und Marjolin erwähnen.

Was wir auf kurze Sicht zu tun haben, ist deutlich. Durch das überladene Brüsseler Programm dürfen wir uns jedoch nicht dazu verleiten lassen, Probleme aus den Augen zu verlieren, die für die Gestaltung der Europäischen Gemeinschaft auf lange Sicht entscheidend sind. Es gibt nun einmal innerhalb der EWG potenzielle Gegensätze über eine Reihe wesentlicher Ausgangspunkte in der Politik, die ein pragmatisches Vorgehen nicht zu allen Zeiten möglich machen. Der französische Präsident wies kürzlich auf einige «Mythen und Abstraktionen» hin, die die Sechs stets davon zurückhielten, ein breiteres Terrain als in den Grenzen von Produktion und Handel zu betreten. Hiermit hat das französische Staatsoberhaupt sich der These angeschlossen, die die niederländische Regierung bereits seit einigen Jahren – wenn auch widerstrebend – als Realität erkennt, nämlich dass die Voraussetzungen für Zusammenarbeit in Europa außerhalb des wirtschaftlichen Bereichs noch nicht gegeben sind, jedenfalls solange nicht, wie die fundamentalen Gegensätze, die den Weg nach weiterreichender Integration versperren, noch als «Mythen und Abstraktionen» gesehen werden.

Wie müssen wir uns nun das Europa unserer Zielsetzung vorstellen?

An erster Stelle sollten wir uns darauf einstellen können und dafür arbeiten, dass der lang erwartete Beitritt Englands und anderer demokratischer Länder Europas zu den Europäischen Gemeinschaften sich in kürzester Frist realisieren lassen wird.

In letzter Zeit entsteht in verschiedenen Hauptstädten der Eindruck, dass sich die Atmosphäre für eine Annäherung zwischen England und der EWG verbessert. In der Staubwolke der Wahlreden Ende vergangenen Monats in England ist es möglicherweise der Aufmerksamkeit entgangen, dass die Labour-Regierung sich zum Befürworter eines EWG-Beitritts Englands erklärt hat und dass, so wie es Premierminister Wilson im Hinblick auf die fünf Labour-Bedingungen formulierte, «through the passage of events the difficulties of getting some of them achieved are now much less».

Bundeskanzler Erhard drängte kürzlich noch auf den Beitritt Englands, wobei er unter anderem als Motiv anführte, dass hierdurch ein ausgewogeneres Verhältnis innerhalb der Gemeinschaften geschaffen werden kann und sich hier und dort aufkommende Vorbehalte ausräumen lassen. Die niederländische Regierung unterschreibt diese Bestrebungen und die von Ihrem Bundeskanzler genannten Erwägungen in vollem Umfang.

Auch in Frankreich werden in den letzten Monaten erfreulicherweise einige Stimmen laut, die ein Anzeichen dafür sein können, dass auch dort die Möglichkeiten eines englischen Beitritts günstiger beurteilt werden. Sie berechtigen zur Freude, müssen aber meines Erachtens mehr konkretisiert werden, ehe wir allzu positive Schlussfolgerungen daraus ziehen und feststellen können werden, dass sich die Situation, wie sie an jenem schwarzen Tag des 29. Januar 1963 war, zum Guten gewendet hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch eine Warnung aussprechen. Wiederholt haben die Regierungen der Bundesrepublik und der Niederlande erklärt, dass sie weiterhin den Beitritt Englands und anderer EFTA-Länder anstreben erden. Ich weiß zwar, dass der Abstand zwischen Worten und Taten nicht infolge der Inaktivität unserer Regierungen so groß ist. Wohl aber meine ich, dass die Zeit nähergerückt ist, in der ernsthaft überlegt werden sollte, welche Studien erforderlich sind, welche Beratungen stattfinden und welche Sondierungen vorgenommen werden müssen, um den Gedanken eines britischen Beitritts sowohl bei den Brüsseler Organen als auch bei den Regierungsstellen in London und in den Hauptstädten der sechs Länder, aber vor allem in Paris, in die aktuelle Politik zu integrieren. Hiermit meine ich nicht so sehr die Versuche, die Ende vergangenen Jahres seitens der EFTA unternommen wurden, um zu Beratungen über konkrete Fragen zu gelangen. Es geht mir vielmehr darum, dass die Problem in der Sicht eines EWG-Beitritts untersucht und die Verfahren festgesetzt werden müssen, sobald dafür die Zeit politisch reif ist.

An zweiter Stelle möchte ich bemerken, dass der Aufbau eines gemeinsamen europäischen Marktes auf die Dauer nicht ohne Schaffung einer effektiven parlamentarischen Kontrolle hinsichtlich der EWG-Verwaltung fortge-

setzt werden kann. In den Nachkriegsjahren ist der Prozess der europäischen Integration von einigen führenden Politikern eingeleitet worden, die sich hierbei von großen Teilen der Bevölkerung der europäischen Länder unterstützt wussten. Der Gedanke der europäischen Integration ist nicht – wie zuweilen behauptet – etwa eine künstliche, von einigen Technokraten am Leben gehaltene Konstruktion, sondern eine lebendige Wirklichkeit, die in dem Wunsch der europäischen Völker nach Einheit, Frieden und Wohlfahrt wurzelt. Wenn wir der europäischen Integration, so wie gegenwärtig, ohne effektive Kontrolle des Europäischen Parlaments ihren Lauf ließen, drohten die Europäischen Gemeinschaften ein schwebendes Gebilde zu werden, unbeeinflusst vom Willen des normalen Europäers, den sie zum Teil ihre Entstehung verdanken und für den sie letzten Endes geschaffen worden sind. Wir müssen uns davor hüten, dass eine Europäische Gemeinschaft für die Politiker und die Beamten, für die Bauern und die Industriellen, nicht aber für die restlichen 250 Millionen Europäer zustande kommt.

Wohl weiß ich, dass die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften den europäischen Wählern noch nicht viel nähergebracht wird, indem man dem Europäischen Parlament ein gewisses Budgetrecht einräumt und die Ermächtigung zur Einbringung von Gesetzesentwürfen erteilt. Wir müssen aber erkennen, dass in der gegenwärtigen Übergangsphase an sich wenig befriedigende Zwischenlösungen in Abwartung einer weitergehenden Befugnisübertragung seitens nationaler Organe unvermeidlich erforderlich sind. Trotz allem müssen die ersten Schritte unternommen werden, weil andernfalls eine Lage eintreten wird, in der der Glaube an die Europäische Einheit abbröckelt und nationalistische Gefühle Oberhand gewinnen können.

Schließlich darf ich noch mit einigen Worten auf den scheinbar jetzt so weit entfernten Zusammenhang zwischen der Entstehung des Gemeinsamen Marktes und dem von uns allen gehegten Ideal der Einheit Europas eingehen. Ich möchte vor der verzerrten Vorstellung warnen, dass es in Europa offenbar nur möglich sei, eine Reihe wirtschaftlicher Interessen miteinander in Einklang zu bringen, um schließlich das Zustandekommen eines freien Marktes realisieren zu können. In Brüssel geschieht mehr.

Durch die Realisierung der Europäischen Gemeinschaften wird eine Interessengemeinschaft zustande gebracht, die – wie Robert Schuman bereits im Jahre 1950 erklärte – der zukünftigen Einheit Europas eine unentbehrliche Grundlage bietet.

Es bleiben trotz aller Gegensätze Kräfte aktiv, die eine allmähliche Harmonisierung der Politik und eine damit verbundene allmähliche Übertragung von Befugnissen auf solchen Gebieten fördern, die direkt oder indirekt mit dem Gemeinsamen Markt zusammenhängen. So ergibt sich aus der gemeinsamen Agrarpolitik mit allen ihren finanziellen Konsequenzen die Notwendigkeit, dritten Ländern gegenüber eine gemeinsame Exportpolitik zu betreiben. Ebenso erfordert – im allgemeineren Sinne – das Zustandekommen des Gemeinsamen Marktes eine gemeinsame Handelspolitik – insbesondere ost-europäischen Ländern gegenüber.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass sich die europäische Integration im täglichen Leben in gemeinsamen Preisen und angeglichenen Arbeitsbedingungen, in engen Kontakten zwischen Fachkollegen und in dem täglichen Lebensmitteleinkauf der Hausfrau manifestiert. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Europäisierung dieser Seiten des täglichen Lebens einen bleibenden Einfluss auf die Geisteshaltung derjenigen haben wird, die in weiterer Zukunft die Schaffung des neuen Europas vollenden müssen, eines Europas, das – ich brauche dies in einer Stadt wie Hamburg wohl kaum hinzuzufügen – die Bande mit den überseeischen Ländern und selbstverständlich in erster Linie mit den Vereinigten Staaten von Amerika stets fester knüpfen wird. ■